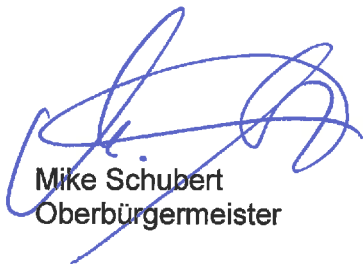


## Absichtserklärung

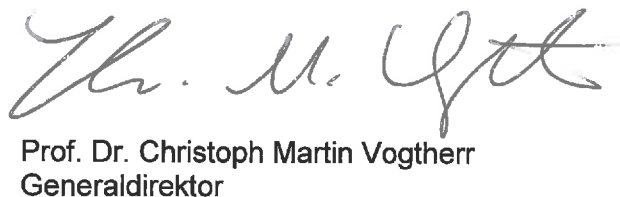
Im Rahmen der Diskussionen um die Neuordnung des Strandbades Babelsberg wurde durch den Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Erwartung formuliert, dass die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) ergänzende Gespräche über eine Verschiebung der zukünftigen nord-östlichen Grenze des Strandbades Babelsberg über die aktuell im Neuordnungskonzept vorgesehene Linie hinaus um bis zu 60 Meter entlang der Wasserkante führen, um die Liegewiese des Strandbades zwischen Uferkante und zukünftigem Drive zu vergrößern (siehe Anlage).

Wenn die Stadtverordnetenversammlung der LHP am 3. Juni 2020 der Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von Grundstücksflächen im Babelsberger Park in der vorliegenden Fassung (DS 20/SVV/0080) zustimmt, ist daher beabsichtigt:

- Die SPSG wird im Einvernehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) die oben beschriebene mögliche Erweiterung der Liegewiese des Strandbades einer gartendenkmalpflegerischen Bewertung unterziehen.
- Die LHP wird im Sinne des §1 Abs. 2 der Verwaltungsvereinbarung und im Hinblick auf die mit der oben beschriebenen Erweiterung des zukünftigen Geländes der Stadt verbundene erhöhte Tauschflächendifferenz eine entsprechende Kompensationsmöglichkeit prüfen und der SPSG vorschlagen.
- Die fachlichen Einschätzungen werden gemeinsam erörtert und die darauf aufbauende Entscheidung über die oben beschriebene Erwartung dem Hauptausschuss in seiner Sitzung am 24.06.2020 mitgeteilt.



Mike Schubert  
Oberbürgermeister



Prof. Dr. Christoph Martin Vogtherr  
Generaldirektor

zu prüfende Erweiterungsfläche

